

Danziger



Beitung.

№ 17674.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethenburgergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-spaltige gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Fürst Bismarck als Volkswirth.

Dieser Tage ist unter dem obigen Titel eine neue Schrift von Poschinger, dem Herausgeber des Urkundenwerks „Preußen im Bundestage“ erschienen. Die dadurch hervorgerufene Erwartung, daß diese Schrift Enthüllungen über die früheren Bestrebungen des Reichskanzlers auf dem Gebiete der Socialpolitik enthalten werde, ist jedoch getäuscht worden. Erst in einer späteren Auflage hofft „man“ im Stande zu sein, dem Leser die einschlägige, bisher noch nicht veröffentlichte Correspondenz (mit Casselle?) unterbreiten zu können. Nach der Versicherung des Herausgebers umfaßt dieselbe unter anderen drei auf die sociale Frage Bezug habende Aktenstücke, worauf Bismarck eben so stolz sein dürfte, als auf den in „Preußen im Bundestage“ aufgenommenen „Prachibericht“ und das in derselben Urkundensammlung enthaltene, zur Berühmtheit gelangte „kleine Buch“ desselben. Vorläufig begnügt der Herausgeber sich damit, zu constatiren, daß Bismarck schon im Jahre 1864/65 den Gedanken ins Auge faßte, das Loos der alten, invalide gewordenen Arbeiter durch Errichtung von Pensionskassen zu bessern.

Im Handelsministerium, so heißt es dann weiter, wurde damals der durch Casselle, Bucher und Wagener und außerdem auch durch politische Erwägungen beeinflusste staatsocialistische Standpunkt Bismarcks nicht ohne Aengstlichkeit betrachtet. Dem Handelsminister Graf Ichniowski wäre der Verkehr mit Casselle ein Creuel gewesen; in den aus seinem Ministerium stammenden officiösen Prefarilitäten wurde denn auch das Treiben und Sinnen desselben geradezu als ein „revolutionäres“ hingestellt (Provinzial-Correspondenz vom 15. Februar 1865). Man glaubte sich in den dortigen Bureaus bereits zu sehr hoher Unparteilichkeit aufgeschwungen, wenn man zugestand, „daß die Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern nicht durchaus rechtlos seien“. Auf keinen Fall dürfte aber — so wurde weiter argumentirt — unter den Arbeitern der Wahn Fuß fassen, „als könne der Staat durch irgend welche gesetzliche Bestimmungen oder durch Verwaltungs-Anordnungen den Nothständen abhelfen, welche mit den Bedingungen der Arbeit überhaupt und mit dem in der Weltordnung begründeten Unterschied von Arm und Reich zusammenhängen. Die Regierung würde eine schwere Schuld auf sich laden, wenn sie in dieser Beziehung durch ihr Vorgehen den Arbeiterstand zu unbegründeten Hoffnungen verleitet“. Dazu bemerkt der Hr. v. Poschinger: „Die Ohnmacht des Staates auf diesem Gebiete war also von der Regierung ziemlich offen verkannt. Daß es dem Minister des Kaufmanns, dem Diplomaten vorbehalten blieb, mit diesem, vor jedem staatsocialistischen Gedanken zurückstreichenden System zu brechen, ist gewiß ein seltsamer Vorgang.“

Unserer Ansicht nach ist es noch seltsamer, daß trotz des Bruches mit jenem System der Staat noch heute nicht dem Ziele näher gekommen ist, „durch irgend welche gesetzliche Bestimmungen oder durch Verwaltungs-Anordnungen den Nothständen abzuheben, welche mit den Bedingungen der Arbeit überhaupt und mit dem in der Weltord-

nung begründeten Unterschied von Arm und Reich zusammenhängen“. Der Unterschied ist nur, daß die altpreussische Handelspolitik die Unmöglichkeit der „Staatshilfe“ in diesem Sinne zugestand, während die neue Bismarck'sche Politik die Arbeiter in dem „Wahn“, daß der Staat helfen könne, bestärkt, ohne im Stande zu sein, die Hoffnungen, zu welchen sie den Arbeiterstand verleitet hat, zu erfüllen. Die kritische Coben-erhebung gegenüber dem Fürsten Bismarck, in welcher der Ritter v. Poschinger sich gefällt, ist der Würdigung der Politik des Herrn Reichskanzlers in hohem Grade gefährlich. Große Männer können nicht vorsichtig genug in der Wahl ihrer Biographen sein.

Deutschland.

* Berlin, 9. Mai. Der König von Italien wird, wie aus Rom telegraphirt wird, mit dem Kronprinzen am 19. d. M. seine Reise nach Berlin in einem Sonderzuge antreten. In dem Gefolge werden sich befinden Generalleutnant Graf Passi, erster General-Adjutant, Rittmeister Generalsekretär im Ministerium des königlichen Hauses, Graf Giannotti, erster Ceremonienmeister, die General-Adjutanten Generalmajor Abate und Contre-Admiral Accini, ferner die Adjutanten Salasco, Oberst im Generalstab, Afrosio, Oberst der Artillerie, und Lorenzi, Major der Cavallerie, der Ceremonienmeister Carafa, der Vice-Gouverneur des Kronprinzen, Oberst Ofio, und der dem Kronprinzen attachirte Major Brancaccio, der Leibarzt Saglione, der Chef der kgl. Privatkanzlei, Aurilio, der Chef des kgl. telegraphischen Specialdienstes, Boffio. In der Begleitung des Königs werden sich ferner befinden Ministerpräsident Crispi mit seinem Cabinetschef, seinem Privatsecretär und dem Secretär des Cabinets-Präsidiums. Der deutsche Botschafter, Graf Solms, wird zur Zeit des königlichen Besuchs in Berlin anwesend sein.

* [Die Opposition in gouvemenentaler Beziehung.] Das entragt „national“-gouvernementale „Deutsche Tageblatt“ schreibt in einem Celtaartikel, anknüpfend an eine Aeußerung des Abg. Rickert („wir verstehen uns nicht mehr“), über die böse Opposition im Reichstage:

Daß die Opposition den Vorlagen, welche die verbündeten Regierungen bringen, nicht aus sachlichen Gründen widerstrebt, sondern um aus der Fortdauer der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Mißstände, zu deren Milderung die Vorlagen ausgearbeitet worden, Kapital für ihre Parteitagitation zu ziehen, hat sich in vielen Fällen ganz evident erwiesen.

Das Tabakmonopol wurde, als es vom Fürsten Bismarck vorgeschlagen wurde, von der Opposition als der Ausfluß der unbegriffenen Staatsunweisheit verhehrt. Es liegen aber glaubwürdige Mittheilungen darüber vor, daß ein recht einflussreiches Mitglied der Opposition in einer schwachen Stunde erklärt habe, daß man das in Frage stehende Project dem Nachfolger Kaiser Wilhelms I. als Morgengabe der freisinnigen Partei darzubringen sich ohne weiteres entschließen dürfte.

Es ist wahrlich nichts so blödsinnig, daß es nicht in diesem Organ Raum fände. Ob denn das Blatt diese „glaubwürdigen Mittheilungen“ selber glaubt? Dann kann es sich nach Daildorf melden. Was aber die Opposition gegen das

Tabakmonopol anlangt, so werden die Leser des „Deutschen Tageblatts“ doch wohl noch sich daran erinnern, daß dieselbe durchaus nicht allein von dem entgegengesetzten Liberalismus ausging, daß vielmehr im ganzen Reichstage trotz des Reichskanzlers persönlichem Eintreten für die todgeborene Vorlage nur 43 Mann stimmten.

Noch komischer ist, was das „Deutsche Tagbl.“ in seinem blinden Coschlagen auf die Freisinnigen bezüglich des Branntweinmonopols sagt:

Als das Branntweinmonopol im Reichstage eingebracht wurde, setzte die grundsätzliche Opposition alle Hebel in Bewegung, um einen Sturm der Entrüstung im Norden und Süden des Vaterlandes zu entfachen und es kamen jene ewig blamablen Unterschriften zu Stande, welche die Freisinnigen als Eideschilde in Anspruch genommen hatten. Wer in dieser Weise das nackte Interesse der eigenen Partei oder Coterie zur Grundlage macht für seine politischen Operationen, der verfehlt schließlich die vom allgemein vaterländischen Interessenstandpunkte aus unternommenen Schritte nicht mehr und kommt zu dem allerdings sehr bemerkenswerthen Geständnisse, welches Herr Rickert gestern ablegte.

Da haben wir's! Also das „nackte Interesse“, die Coterie der Freisinnigen hat das Branntweinmonopol umgebracht — viel Ehre für dieselben. Wieviel haben denn aber die Abgeordneten dafür gestimmt? Ganze drei Abgeordnete. Und mit solchen über die Maßen albernen Argumenten glaubt das „Deutsche Tageblatt“ die Schleglichkeit der Opposition und der verschiedenen heimtückischen Motive, die dieselbe befeuern sollen, nachzuweisen zu können? O heilige Einsicht!

* [Die Betheiligung an der Pariser Weltausstellung.] Die officiösen Berliner „Politischen Nachrichten“ des Herrn Schweinburg brachten dieser Tage einen von Chauvinismus überfließenden Artikel, welcher alle diejenigen deutschen Künstler fernerlich mit „nationaler“ Acht und Bann belegte, die Ergebnisse ihres Pinsels auf die Pariser Weltausstellung geschickt haben. Hiergegen wendet sich mit Recht eine Zuschrift „eines hervorragenden Sachverständigen“ in der „Nat.-Ztg.“, worin betont wird, daß es gänzlich unthunlich sei, den Künstlern die Meinung, daß sie auch auf eigene Hand, ohne Staatscommission, eine unpolitische verpöhlische Stellung einnehmen dürfen, als schamloses Verhören vorzuwerfen. Am Schlusse heißt es ferner zutreffend:

„Ueberhaupt müssen wir uns ernstlich hüten, aus politischer Mißstimmung die Bedeutung der Pariser Ausstellung zu unterschätzen. Wenn wir in Deutschland concurrenzfähig bleiben wollen, und zwar in allen Gebieten der Kunst und der Industrie, so müssen wir uns gewissenhaft um das kümmern, was einer unserer bedeutendsten Concurrenten auf dem Weltmarkt, Frankreich, zu leisten vermag und als seine Leistung der Welt vorführt. Ein gefinnungsvolles Ignoriren dieser Weltausstellung als einer „herausfordernden Beherrschung des Revolutionsgedankens“ wäre ein Mißgriff, der geradezu verhängnisvoll für die wichtigsten Zweige unserer Industrie werden müßte. Dringend ist es zu wünschen, daß unsere Zeitungen, besonders die Blätter officiösen Charakters, sich

um die Ethik, unter welcher die Ausstellung in die Welt gesetzt wird, nicht stärker aufregen als die Reichsregierung selber, damit nicht diejenigen, welche von der Ausstellung etwas lernen wollen und lernen müssen, von einer Arbeit abgelenkt werden, die zum Wohle unserer heimischen Industrie und Kunst unerlässlich ist.“

* [Antislavereiconferenz.] Nach einer Mittheilung der „Pol. Corr.“ aus London werden die Verhandlungen betreffend den Zusammentritt einer Konferenz gegen den Sklavenhandel in Ostafrika nur zwischen den Cabinetten von Deutschland, England, Frankreich, Italien und Portugal, als denjenigen Staaten geführt, welche in Ostafrika Interessen besitzen.

* [Der deutsche Fischer-Verein] trat am Dienstag Abend im Reichstagsgebäude unter Vorsitz der Herren v. Behr - Schmolden, Dr. v. Bunsen und Präsident Herwig zur Jahresversammlung zusammen. Hr. v. Behr gab einen kurzen Rückblick auf die Thätigkeit des Vereins, der weit über 100 rührige und mitgliedsreiche Vereine und über 700 Einzelmithglieder umfaßt und in alter Weise bestrebt gewesen ist, für Wiederbelebender der deutschen Flüsse mit schmachhaften Nahrungsmitteln zu sorgen. Im einzelnen hat der Verein recht beachtenswerthe Erfolge zu verzeichnen. Der Zander, von dem erst Tags vorher 650000 Eier wieder in den Bodensee ausgeföhrt sind, hat sich dort erfolgreich angesiedelt und ist somit für das Rheingebiet gewonnen. Ebenso erfolgreich sind die Versuche gewesen, den Aal in der Donau anzusetzen. Sodann erstattete Hr. Herwig Bericht über die Thätigkeit der Section für Küsten- und Hochseefischerei, deren Mitglieberszahl und Wirkungskreis sich erheblich gesteigert hat. An der Nordsee sind mit Hilfe des Reiches Versicherungskassen für Fischerfahrzeuge ins Leben gerufen, die gut geheißen und sich neuerdings zu einem Rückversicherungsverband vereinigt haben. Auch für die Ostsee sind zunächst vier solche Kassen gegründet. Ueberaus umfangreich war die Thätigkeit der Section auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Untersuchungen. In diesem Jahre wird sich die Section an einer Unternehmung betheiligen, welche eine Befahrung des Oceans von Grönland bis zur brasilianischen Küste bezweckt und im Auftrag der Akademie der Wissenschaften von Prof. Hansen in Kiel geleitet wird. Im vorigen Jahre ist an der Nordsee die erste deutsche zoologische Wanderstation eröffnet worden. In Schleswig-Holstein und in Mecklenburg ist mit Geldunterstützung der Section die so überaus wichtige Treibnetzfischerei neu eingeföhrt worden. Für den kommenden Winter werden Fischereischulen nach Art der Landwirthschaftsschulen geplant. Welchen Aufschwung die deutsche Hochseefischerei genommen hat, beweist die Thatfache, daß an der Nordsee außerhalb der Küstengewässer sich in dem Zeitraum von 1886 bis 1889 gefeigert hat die Zahl der Segelschiffe von 377 auf 440, die der Dampfer von 1 auf 15, die der Bemannung beider von 1341 auf 1750. Die bisherigen Mitglieder des Ausschusses wurden zum Schluß wiedergewählt.

* Aus Schlesien, 7. Mai, wird der „A. N. Ztg.“ ge-

hört, von einer vorübergehenden Dirne mit verständnißvoll lächelndem Blicke gestreift, Hand in Hand dahinschreitend, sich selbst genug ist — das sind Gestalten von einer Ursprünglichkeit und Lebenswahrheit, die dem Werke neben seinen compositionellen Vorzügen für alle Zeit den Werth einer sittengeschäftlichen Urkunde verbürgen.

Und welche Lebensfülle, welche herzerwärmende Selbsterfüllung jenes köstliche Gemälde der Dresdener Galerie, die „Tanzpause“ auf einer eifässigen Bauernhofs! Das müßte schon ein ganz unheilbarer „Hypochonder“ sein — wie ihn Bantier in dem gleichnamigen Bilde mürrisch durch einen in Frühlingsblut stehenden Wald schreitend vorführt —, der sich beim Anblick dieser kerngesunden Naturkinder nicht im Innersten ermüdet fühlt! Schwer sieht der Enschleid, welcher der Tänzerinnen der Preis der Anmuth zuerkennen, die an der holzgetäfelten Wand vereinigt stehen. Die Musikanten, die in der Ecke des festlich geschmückten Raumes auf ihrem Pöblum sitzen, theils im Gespräch begriffen, theils die Ruhepause zur Inflation ihrer Instrumente und Aehlen benutzend, und all die anderen Gestalten, unter denen hinten im Nebenraum auch das Brautpaar sichtbar ist — sie zeugen bereit für die glückliche Gabe des Künstlers, die Lichtblicke des Daseins zu erfassen.

Wie trefflich Bantier es versteht, eine größere Anzahl von Figuren als ansehnlichen Chorus spannender Vorgänge erscheinen zu lassen, zeigt unter vielen anderen Beispielen besonders deutlich jene ländliche Tafelrunde, in welcher der „Schwarze Peter“ das große Ereigniß bildet und alle voll Erwartung auf das Mädchen blicken, das unter den letzten Karten in der Hand des Gegners stehen die entscheidende Auswahl trifft, während ein Paar im Hintergrunde bereits mit der Schwärzung des Aorches beschäftigt ist.

Auch „In der Barbierstube“ offenbart sich das für den Genremaler so wesentliche Talent, den fruchtbarsten Moment einer gegebenen Situation herauszugreifen und den Gegenstand zu absoluter Verständlichkeit herauszuarbeiten. Derselbe gutmüthige Humor treibt in dem „Zweckessen auf dem Lande“ seine ergötzlichen Blüten. Bewunderungswürdig ist auch hier wieder jede der zahlreichen Gestalten in ihrer unübertrefflich feinen Charakteristik, die jeden einzelnen nicht nur nach seinem Stande, sondern auch nach seinen persönlichen Eigenschaften auf das schlagendste kennzeichnet, den jovialen geistlichen Herrn, der mit freundlicher Handbewegung einige bäuerliche Honoratioren zum Platz-

Benjamin Bantier.

Derjenige Zweig der bildenden Kunst, welcher das Volksleben seiner Zeit zu schildern sich zur Aufgabe gestellt hat, zählt zu seinen glänzendsten Vertretern in Deutschland Benjamin Bantier, der vor kurzem sein sechzigstes Lebensjahr vollendet hat und nun seit mehr als einem Menschenalter die Nation mit seinen herrlichen Schöpfungen erfreut hat. Nicht minder als der gleichaltrige Ludwig Anas (geb. 10. Oktober 1829) und der etwas jüngere Freytag (geb. 30. April 1833) legt er bereites Zeugniß dafür ab, daß eine tiefgehende volksthümliche Wirkung nur den Künstlern beschieden ist, die unbetrübt durch fremde Einflüsse mit eigenem freien Blick die Erscheinungen des nationalen Lebens in sich aufnehmen und in der Wiedergabe desselben das Fühlen und Denken des Volkes zu treffen wissen. Wie unerschöpflich reich der Born des deutschen Volkslebens ist, beweist am besten die Thatfache, daß drei Meister von der Bedeutung der eben genannten in jahrzehntelangem Schaffen ihm ungefähre dankbare Vorwürfe abgewannen, die jeder in der ihm eigenen Weise zu einer bildlichen Sittengeschichte des deutschen Volkes ausgestaltete.

Der Geburt nach ein Sohn des Schwarzwalder, darf Bantier als Künstler nach seiner Ausbildung wie nach seiner Empfindungsweise von Deutschland voll für sich in Anspruch genommen werden. Am doch der junge, am 24. April 1829 zu Morges im Canton Waadt geborene Maler, nachdem er seinen ersten Unterricht in Genf erhalten, dann zwei Jahre lang daselbst als Gemaltmaler für Schmuckmalen thätig gewesen und sich seit 1849 bei dem dortigen Historienmaler Eugardon weitergebildet, schon 1850 nach Düsseldorf, wo er nach vorübergehendem Besuche der Akademie ins Atelier des unlängst verstorbenen Rudolf Jordan eintrat. Bei ihm, dem Bahnbrecher einer lebendigen, von conventionellen Geflogenheiten freien Darstellung der Wirklichkeit, dem stets packenden Schilderer des freilebigen und holländischen Fischer- und Loffenlebens, der übrigens bei allem Streben nach Wahrheit seine rauen Gestalten doch so

sympathisch zu machen wußte, wie u. a. die fünf in der Nationalgalerie zu Berlin vereinigten Bilder bezeugen — fand der junge Künstler eine feste und gezielte Grundlage für sein ferneres Schaffen, wenn er auch in gegenständlicher Hinsicht andere Bahnen als sein Lehrer einschlug und sich die Schilderung süddeutschen und schweizerischen Volkslebens zum Specialgebiet auserkor. Auf Studienreisen in seiner Heimath wie im Schwarzwald und Elsaß erwarb er sich jene innige Vertrautheit mit Wesen und Sinnesart des Landvolkes, die allen seinen Schöpfungen das Gepräge vollendeter Treue verleiht und ihn davor bewahrte, nach Art gewisser Dorfnovellisten das Gebahren und Empfinden seiner einfachen Menschen für die oberflächlichen Anforderungen des Salonstils zurechtzulegen.

Nachdem er 1856—1857 behufs seiner technischen Vervollkommnung in Paris verweilt, nahm Bantier seinen dauernden Wohnsitz in Düsseldorf, wo er, 1866 zum königlichen Professor ernannt, eine an Umfang und Bedeutung gleich hervorragende künstlerische Production entfaltete, die neben der Erlangung zahlreicher Medaillen und anderer äußerer Ehrungen in der tiefstehenden Liebe und Dankbarkeit des deutschen Volkes ihren schönsten Lohn fand.

Wir beginnen die Betrachtung der Werke des Meisters mit dem Bilde eines jener schmucken Landmädchen, in deren fester und naturwahrer Schilderung Bantier von wenigen erreicht, von keinem übertroffen wird. Kann man sich bei aller Einfachheit des Vorwurfs etwas Anspenndendes und Liebensewürdiges denken als die junge Schwarzwalderin, die im Feiertagsstaat prangend mit Vollendung ihrer „Toilette“ beschäftigt ist? Gorgjam prüfend läßt sie die dunkeln Augen auf ihrem Ebenbild im Spiegel ruhen, indem sie ein dem Schmuckhaftesten entnommenes Aezum um den Hals legt, ansehnend noch unschlüssig, ob sie sich für dasselbe entscheiden soll. Durch die rückwärts erhobenen Arme ergiebt sich ein überaus reholdes Bewegungsmotiv, das den hübschen Wuchs und die natürliche Grazie der jugendlichen Dorfschönen gleich vortheilhaft hervortreten läßt. Voll fällt das helle Morgenlicht durch das bleigefärbte Fenster auf die liebliche Gestalt, sie plattstich von dem einfachen Hintergrunde loshebend.

In einem anderen Bilde, das sich „Abgerumpft“ beistellt, offenbart sich Bantiers glückliche Gabe, den schalkhaften Humor, der namentlich dem süddeutschen Volke eigen, zum Ausdruck zu bringen. Mag man das Zwi-

*) Das Folgende ist ein Artikel entnommen, welcher zum 60. Geburtstage des Künstlers in Nr. 7 des „Kunstberichts“ über den Verlag der Photographischen Gesellschaft in Berlin“ entnommen ist. Durch die Vereinfachungen der Werke Bantiers, welche diese Gesellschaft veranlaßt hat, haben dieselben zu ihrer weiteren Verbreitung in unserem Volke erhalten.

schrieben: Der für die Schwester der Kaiserin, die Braut des Prinzen Leopold von Preußen, bestimmte Brautkleider geht seiner Vollendung entgegen. Das Kunstwerk, an dessen Herstellung seit 5 Wochen 400 Arbeiterinnen thätig sind, wird 3 Meter lang und 1 1/2 Meter breit sein und muß bis zum 15. Juni abgeliefert werden. Das Meisterstück deutscher Industrie wird vor der Ablieferung einige Tage in Hirschberg ausgestellt werden.

G.A. Kreuznach, Anfang Mai 1889. Die Vorbereitungen zu der am Pfingstmontag stattfindenden Enthüllung des Hütten-Gießens-Denkmal auf der Ebernburg sind in vollem Gange, und die verschiedenen Festauschüsse befinden sich in eifriger Thätigkeit, um die Feier zu einer möglichst glanzvollen und großartigen zu gestalten. Der aus Odenwaldgranit hergestellte Sockel befindet sich bereits auf dem Denkmalplatze, welcher durch Felsprengungen um 10 Meter nach der Bergseite hin erweitert worden ist. Sobald die Aufstellung des Sockels beendet ist, werden die in der Gießerei Lauchhammer inzwischen vollendeten Figuren hierhergebracht und aufgerichtet. Als Vorfeier wird dem Enthüllungsfeste am Pfingstmontag die Aufführung des Bunterfischen Hütten-Gießens-Festspiels in der eigens dazu erbauten Festspielhalle vorausgehen; dasselbe wird in der Festwoche verschiedentlich wiederholt werden. Die Festrede hat der bekannte Historiograph Dr. Wilhelm Oden in Gießen übernommen. Somit ist alle Aussicht vorhanden, daß die Enthüllungsfest der Hütten-Gießens-Denkmal einen großartigen Verlauf nehmen wird.

Österreich-Ungarn.

Prag, 8. Mai. Eine Abordnung der Tramway-Bediensteten wird auf die Aufforderung der Direction letzterer morgen ihr Anliegen vortragen. Die Direction giebt bekannt, daß sie den Wünschen ihrer Bediensteten nach Möglichkeit entgegenkommen und alles aufbieten werde, um den Verkehr ungehindert aufrechtzuerhalten. (W. T.)

England.

* [Die Cyprioten], deren Loos sich seit ihrer Zugehörigkeit zum britischen Reiche nicht gebessert hat, haben eine aus dem Erzbischof von Cyprien und drei Mitgliedern der Legislatur bestehende Abordnung nach England geschickt, um dem Ministerium ihre Beschwerden vorzulegen, nachdem sie von ihrem Gouverneur keine Abhilfe derselben haben erlangen können. Die Einwohner von Cyprien klagen vor allem über den Steuerdruck. Die Verwaltung sei verschwenderisch. Zur Zeit der türkischen Herrschaft habe sie 125 000 Lfr. verbraucht, jetzt verschlinge sie 200 000 Lfr. Die Anlage von Straßen sei ferner dringend erwünscht, um die verschiedenen Theile der Insel mit einander in Verbindung zu bringen. Ebenso müßten Aquaducte gebaut werden, da in vielen Gegenden Wassermangel herrsche. Die Verwaltung der Polizei befinde sich in Händen der Ungeliebten, so daß die Verbrechen und Gewaltthatigkeiten zugenommen hätten, wie es unter der türkischen Herrschaft unbekannt gewesen sei.

Die Abordnung der Cyprioten ist am 2. Mai aus der Heimat abgereist und wird in der nächsten Woche, nachdem sie einige Tage in Paris verweilt hat, in London eintreffen, wo sich jedenfalls Gelegenheit für die englische Regierung Cypriens finden wird, die wohl etwas stark aufgetragenen Farben der cypriotischen Beschwerden in die richtige Beleuchtung zu setzen.

Italien.

Rom, 8. Mai. [Deputirtenkammer.] Die Deputirten Della Valle, Sprovieri, Riccio und Bonghi begründeten ihre Interpellationen über die afrikanische Politik der Regierung. Bonghi sprach sich gegen jede Expansionspolitik aus und rief zum Friedensschluß mit Abyssinien. Der Kriegsminister erklärte, daß der Militärbehörden in Massaua kein weiterer Befehl zugegangen sei, als nach dem zu sein und Nachrichten zu sammeln, um der Regierung Anhaltspunkte zur Feststellung ihres eigenen Verhaltens zu liefern. Der Ministerpräsident Crispi bemerkt, daß alle vorliegenden Interpellationen, diejenigen Bonghis ausgenommen, glaubten, das bisherige Vorgehen der Regierung in Afrika billigen zu sollen; Bonghi aber sei 1887 der Occupation, die er heute bekämpfe, günstig gestimmt gewesen. Die Regierung wolle,

nehmen einläßt, den linksen Lehrer, der neben ihm mit verlegener Zurückhaltung stumm vor sich hinblinzt, den gestrigen Herrn Amtmann, der an der einen Schmalseite des Tisches die Gerolette würdevoll auseinanderfaltet, die ländlichen Teilnehmer des Mahles bis zu den dienstbaren weiblichen Geistes und den Neugierigen, die durch die Glashür im Hintergrund hineinkucken.

Indem wir noch der prächtigen Scene „Beim Advokaten“ gedenken, dem ein bejahrter bauerlicher Client, ein Meisterstück lebensvoller Menschenbildung, zu mehreren Schriftstücken umständliche Erläuterungen giebt, wenden wir uns zu einigen besonders hervorragenden Darstellungen, in denen der Künstler mit der ihm eigenen Gemüthsstärke die frohen und traurigen Ereignisse des Familienlebens behandelt hat. Da ist zunächst der „Gang zur Civiltrauung“, der ein ländliches junges Brautpaar in Begleitung seiner Angehörigen vor der Pforte des Standesamtes angelangt zeigt, die ein behäbiger alter Diener ihnen zum Eintritt öffnet, während links vorn einige andere junge Leute sitzen, die offenbar zur Einleitung ähnlicher Schritte erschienen sind, und im Hintergrunde die würdige Gestalt des Standesbeamten auftaucht. Eng hieran schließt sich inhaltlich der „Abschied vom Elternhause“, eine derjenigen Compositionen, die unserem Künstler in erster Linie das Herz des deutschen Volkes eroberten. Wenn erweichte sie nicht eine Welt von Poesie, die junge Frau, die an der Hand des Lebensgefährten die Stufen des väterlichen Hauses hinabsteigt, von der bekrübten Schwester zum letzten Mal umhüllt und gefolgt von den greisen Eltern und anderen Verwandten, die ihr unter den Klängen einer Abschiedsmelodie das Geleite zu dem bereit stehenden Wagen geben!

Auf gleicher Höhe zeigt den Meister eine seiner jüngsten Schöpfungen, die uns vergegenwärtigt, wie „ein neuer Weltbürger“ unmittelbar vor der Taufe vor einer kleinen Kirche des Berner Oberlandes von den Anverwandten und Freunden betrachtet wird, während einige der Taufzeugen bereits durch die Kirchthür eintreten und andere der Hauptgruppe nachfolgen.

Von den Darstellungen, in welchen Dautler aus dem Leben der Kinderwelt schöpft, heben wir die anmuthige Scene „Im Kreuzgange“ hervor, wo eine frohe Mädchenjauch unter Aufsicht einer Aelsterschwester in verschiedenen Gruppen ihren kindlichen Spielen obliegt; ferner die „Katechi-

wie sie dies wiederholt in der Kammer erklärt habe, keine Eroberungen machen. Aber die Verhältnisse in Abyssinien seien nun radical geändert. Der Nachfolger des Königs Johannes sei bei den dortigen Völkern nicht beliebt. König Menelik habe sich zum „König der Könige“ proclamirt und rücke vor, um sich der höchsten Gewalt zu bemächtigen. Derselbe hege für Italien die herzlichste Freundschaft. Man müsse es der Regierung überlassen, zu beurtheilen, was ihr zu thun obliege und bei welcher Gelegenheit sie handeln solle. Abwarten bringe keine Gefahr, da die gegenwärtige Situation Abyssiniens keine nur vorübergehende sei. Er könne nicht sagen, was die Regierung thun werde, aber er müsse erklären, daß die angeblich über diesen Gegenstand unter den Ministern herrschenden Meinungsverschiedenheiten von den Zeitungen erfundene Fabeln seien. Das Cabinet werde sich stets von dem Gedanken leiten lassen, die Interessen den Namen und die Würde Italiens zu wahren. (Beifall.) (W. T.)

Rußland.

* [Eine Aeußerung des Zaren.] Der „Kreuz.“ zufolge hat der Zar jüngst in Anlaß der Russifizierung des Schulwesens in den Ostseeprovinzen dem Censor Kapustin gesagt: ni schag nazad, keinen Schritt zurück! Die Vernichtung des Deutschtums ist beschlossene Sache!

* [Tollstol und sein Werk.] Ein Schlaganfall hat dieser Tage, wie gemeldet, plötzlich dem Leben des einen Trägers der Reaction in Rußland, des Grafen Tollstol, ein Ende gemacht. Jetzt bleibt dem Zaren nur noch die andere Säule der Rechtgläubigkeit, der Cultusminister Pobedonostschew, doch hat er sofort in seinem Beileidschreiben an die Gattin Tollstols erklärt, daß er ihm einen Nachfolger zu geben gedenke, der ganz im Geiste des Verstorbenen weiter wirken würde. Damit wird dem Tode jenes Cultusfeindes die Bedeutung eines politischen Ereignisses gedeutet, denn Männer seiner Art zur Ausführung reactionärer Pläne findet der Zar, so viel er will, in den Reihen der russischen Bureaucratie.

Erachtet somit Tollstols Tod keine Hoffnungen auf eine Besserung in der Zukunft, so ruft er doch genug trübe Erinnerungen an die Vergangenheit wach. Schon unter dem Kaiser Alexander II. war Tollstol als der gefährlichste Gegner der Volksaufklärung von 1866 bis 1880 an der Arbeit, die Hochschulen und Gymnasien Rußlands in die Bande der Rechtgläubigkeit einzuschließen, um das gefährliche Gift der Aufklärung bequemer auszurotten zu können. Da Tollstol einen gerechtfertigten Argwohn gegen die Naturwissenschaften hegte, suchte er überall die neu eingeführten Realgymnasien durch Gymnasien mit rein klassischer Bildung zu ersetzen und führte gleichzeitig das System polizeilicher Ueberwachung und Bevormundung der Studenten bis zu den äußersten Konsequenzen durch. Im Jahre 1880 erhielt Tollstol seine Entlassung, aber nur um nach der Ermordung Alexanders II. von dem neuen Zaren 1882 wieder aus dem Winkel hervorgeholt und an die Spitze des Ministeriums des Zaren gestellt zu werden, wo er seinen reactionären Neigungen wie früher in der anderen Thätigkeit freien Lauf ließ. Unter ihm hat die Deutschenverfolgung, wie überhaupt die Bekämpfung fremden Einflusses alles übertrieben, was in gleicher Hinsicht von den reactionären Regierungen anderer Länder in unserer Zeit geleistet worden ist. Die völlige Rechtlosigkeit der Deutschen in den Ostseeprovinzen ist Tollstols und seiner Handlanger Werk. Aber um auch die nationalrussischen Provinzen seine schwere Hand fühlen zu lassen, machte sich Tollstol an's Werk, die Provinzialverwaltung, welche nach einem verhältnismäßig freisinnigen Zuschnitt eine Anzahl provinzieller Verwaltungsangelegenheiten gewählten Körperschaften, den Zemstvos, überträgt, durch mehr bürocratische Organisationen zu ersetzen. Bekannt ist das für russische Zustände charakteristische Schicksal dieses Entwurfs. Der Reichsrath, ein Collegium hoher Kronbeamter, war einmüthig in dessen Verwerfung. Da erklärte der Zar, Tollstols Gedanken seien auch die seinen; der Entwurf müsse

„fation“, die ein Dorfgeistlicher mit den Anaben und Mädchen der Gemeinde in der Kirche abhält, und dann „der Better“, ein kleiner Stadtknabe, der mit seiner Mutter bei ländlichen Verwandten zum Besuch weilte und für das Gastgeheim, welches ihm der gleichaltrige Sohn des Hauses in Gestalt eines Apfels darbot, so wenig Dankbarkeit an den Tag legte.

Daß Dautler bei aller Vorliebe für das Lebenssonnenschein auch düstere Momente mit ergreifender Eindringlichkeit zu schildern weiß, beweisen die beiden tiefempfundenen Bilder, die den Schluß dieser Uebersicht bilden mögen. „Am Krankenbette“ seiner jungen Frau zeigt das eine derselben einen Landmann, der bekümmert auf die geliebte Lebensgefährtin blickend, mit der Rechten deren Hand umfaßt und im linken Arme sein Töchterchen hält, das auf seinem Schooße eingeschlummert. Wie eine Vorahnung seines eigenen Looses erscheint dieses gemüthsinnige Werk des Künstlers, der vor einigen Jahren den Verlust seiner treuen Gattin zu beklagen hatte.

Das „Begräbniß auf dem Lande“ schließt würdig die Reihe der Schilderungen, in denen Dautler mit tiefem Verständnis für alle Regungen der Volkseele die wechselvollen Erscheinungen des menschlichen Lebenslaufes festhält. Auch hier dient neben der glücklichen Wahl des Moments — die Träger des Sarges erscheinen mit ihrer Last in dem Vorraum des ländlichen Hauses, mit Spannung erwartet von den Leidtragenden und sonstigen Dorfbewohnern — die Anspruchslosigkeit und Schlichtheit des Vortrags, dem nirgends etwas künstlich Gemachtes anhaftet, zur Erzeugung eines Gesamteindrucks, der eben nur dem unmittelbar aus dem frischen Quell des Lebens schöpfenden Künstler erreichbar. Wie selbstverständlich wirkt hier jede Gestalt und jede Bewegung, und doch wie wenigen ist das Geheimniß kund, dem rein Menschlichen solch überzeugenden und fesselnden Ausdruck zu leihen!

Durch seine aus tiefem Gemüth herausgeschaffenen Gemälde, die zudem durch ein seltenes künstlerisches Maßgefühl geädelt sind, ist Dautler nicht nur eine Berühmtheit, sondern, was mehr sagen will, ein Mann geworden, dem Tausende im deutschen Vaterlande dankbare Verehrer zollen. Noch mitten in der Vollkraft seines Schaffens stehend, berechtigt er bei dem Eintritt in das neue Jahrzehnt seines Lebens zu der frohen Hoffnung, daß es ihm vergönnt sein werde, noch manches sinnige Werk der reichen Fülle seiner bisherigen Schöpfungen hinzuzufügen.

nochmals durchberathen werden. An Stelle irgend welcher Begründung steht des Zaren Wille. Das hohe Collegium machte sich gehorfsam von neuem an die Begutachtung und damit ist es noch beschäftigt. Ein neuer Tolsi wird wohl demnächst sein Siegel unter das Vermächtniß des alten drücken können.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Reichstag.

Berlin, 9. Mai. Der Reichstag hat heute die §§ 18 und 84 nach den Anträgen der Commission angenommen, worauf er sich zu der Beratung des § 101 wandte. Als es hierbei zu einer Abstimmung kam, stellte sich abermals Beschlunfähigkeit heraus, indem nur 166 (gestern 176) Mitglieder des Hauses vorhanden waren. Die Sitzung wurde daher geschlossen und soll morgen 12 Uhr fortgesetzt werden. Es waren zahlreiche Urlaubsgesuche eingegangen. Zwei derselben wurden auf Vorschlag des Präsidenten unter dem Beifall der Rechten abgelehnt.

Bei Beginn der Sitzung wurde die Debatte über die Höhe der Beiträge und der Renten fortgesetzt. Abg. Henning (freiconf.) wendete sich gegen die Ausführungen der Abgg. Rickert und Mirbach.

Geheimrath Wöbke polemisirte gegen die Berechnungen des Abg. Schmidt-Ebersfeld; der Reichszuschuß dehe vollkommen die Mehrbelastung. Die Privatgesellschaften könnten sich die Risiken ausbuchen. Genaue statistische Grundlagen, Lohnstatistiken und Invaliditätsstatistiken seien vor Ausführung des Gesetzes überhaupt nicht zu ermöglichen wegen der Verhältnisse der Verhältnisse. Erst nachher werde man darüber etwas genaueres feststellen können.

Abg. Schmidt (freis.): Es ist bezeichnend, daß heute zugestanden wird, daß das Gesetz ohne versicherungstechnische Grundlage ist. Wir halten eine Lohnstatik aber für durchaus nöthig. Bei dem Vergleich mit der Privatgesellschaft, den ich gezogen habe, hatte der Reichszuschuß allerdings nicht in Betracht zu kommen, da es sich doch nur um die Beiträge handelt; aber auch mit dem Reichszuschuß liegt die Sache für die Privatgesellschaften noch besser. Wie schwankend aber die Regierung selber in dem Zahlenmaterial ist, das sie dem Gesetz zu Grunde legt, zeigt der Umstand, daß die Zahlen, welche für den Beharrungsstand angegeben werden, sehr ganz andere sind, als sie der Commission vorgelegt wurden. Nach diesen neuen Berechnungen stellen sich die Verhältnisse noch ungünstiger. Der Standpunkt, daß für gleiche Zahlung gleiche Rente gegeben werden muß, ist vollständig verlassen. Das ist die reine Willkür und absolute Ungerechtigkeit. Die ärmsten Leute zahlen procentual mehr für die Anrechte, die sie bekommen, als die anderen. Wie können Sie das vertheiligen? Wenn Sie nicht nach versicherungstechnischen Grundsätzen verfahren wollen, dann üben Sie wenigstens Gerechtigkeit! Sonst würden Sie im Lande keine Zufriedenheit, sondern Unzufriedenheit schaffen. Mit diesem Gesetz werden Sie der Nation keinen Segen, sondern eine schwere Mehrbelastung und Schädigungen schaffen. (Beifall links.)

Abg. Graf Udo Stolberg (conf.) spricht für die Commissionsanträge und gegen den Abg. Mirbach. Bei der Abstimmung werden die §§ 18, 18a und unter Ablehnung der Anträge Bebel und Hise nach der Commissionsfassung gegen die Stimmen der Freisinnigen, Socialdemokraten, eines großen Theils des Centrums und eines Theils der Nationalliberalen angenommen.

Bei § 84 (Beitragsätze) sagt

Abg. Schrader: Für uns ist die Erklärung des Regierungs-Commissars, daß die Berechnung der Beiträge auf zuverlässiger Grundlage unmöglich sei, sehr werthvoll. Wir meinen, daß der Reichstag nur Gesetze auf zuverlässiger Grundlage zu beschließen hat. (Beifall links.) Da die Berechnungen nicht möglich sind, so ist auch jedes Wort über die Höhe der Beiträge überflüssig. Thatsache ist, daß viele kleine Leute Beiträge zahlen müssen, die nachher garnichts von den Renten haben, und daß durch diese Beiträge die Grundbesitzer und Großindustriellen entlastet werden. Ferner weiß ich nicht, wie die Versicherungsanstalten künftig die Beiträge festsetzen wollen, sie tappen über die Höhe ihrer finanziellen Verpflichtungen, die ihnen in jedem Jahre erwachsen, vollkommen im Dunkeln. Aus dem Markenverkauf läßt sich nicht erkennen, wie viel Rente zu zahlen sein wird. Auch kennt man nicht das Lebensalter der Markempfeänger; man wird also die Beiträge und die Gefahrenklassen garnicht festsetzen können. Nur durch eine Centralanstalt ließe sich diesem Mangel abhelfen und die widerspricht doch der Stimme des Gesetzes.

§ 84 wird darauf nach der Commissionsfassung angenommen. Nach § 101 sollen Streitigkeiten durch die Verwaltungsbehörden entschieden werden. Ein Antrag Struckmann will noch Beschwerde an das Reichsverwaltungsamt zulassen. Bei der Abstimmung über den Antrag Struckmann durch Sammelstimmung ergiebt sich Beschlunfähigkeit des Hauses. Für denselben stimmen 82, gegen denselben 84, es sind also nur 166, 33 weniger als zur Beschlunfähigkeit erforderlich, zugegen, so daß die Sitzung geschlossen werden muß.

Berlin, 9. Mai. Der Kaiser besuchte heute früh 8 Uhr, von dem Geheimrath Hinkpeter begleitet, die Unfallausstellung und nahm unter

Führung des Präsidenten Bödiker und des Commerzienrathes Rösche die bei der Eröffnung nicht gesehenen Abtheilungen, besonders die Ausstellung des Steinbruchs, des Baugewerks, der Berufsgenossenschaften der Brauereien, der Mühlen und der Spindler'schen Färbereien in Augenschein. Er verweilte in der Ausstellung bis 10 1/4 Uhr.

Berlin, 9. Mai. Heute Nachmittags 2 1/4 Uhr fand unter dem Vorsth des Reichskanzlers eine Sitzung des Staatsministeriums im Reichstage statt. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß die Sitzung sich auch mit dem Kohlenarbeiterstreike beschäftigen habe.

Berlin, 9. Mai. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ erfahren, daß die Wirkung des Streikes im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier selbst in dem Eisenbahnenwesen hervortrete, indem auf verschiedenen Linien der Verkehr auf das unbedingt notwendigste Minimum beschränkt wird, weil die Betriebsleitungen auf die möglichste Schonung der vorhandenen Kohlenvorräthe Bedacht nehmen müssen. Es sei zu erwarten, daß die Einschränkung weitere Dimensionen annehmen werde, welche alle Gesellschaftskreise fühlen werden!

Berlin, 9. Mai. Die Ziehung der 3. Klasse der königl. preuß. Klassen-Lotterie beginnt am 17. Juni.

Das Oberseeamt änderte in der Sache des Bremer Dampfers „Leda“ den Spruch des Seemanns in Bremerhaven vom 13. Februar dahin ab, daß dem Schiffer Siegel das Patent zur Ausübung des Schiffergewerbes zu belassen sei. Mußte Siegel auch die Untüchtigkeit der „Leda“ erkennen, war er auch die Ursache des Schiffsverlustes, so war doch nicht auf das Fehlen der Eigenschaften zu der Schiffsführung zu erkennen, sondern daß derselbe ein tüchtiger Schiffer sei, dem deutsche Schiffe wohl anzuvertrauen seien. Die Kosten fallen der Reichskasse zur Last.

Stuttgart, 9. Mai. Das Königspaar trifft morgen Mittag hier ein. Empfang ist verbeten. Der König litt in der letzten Zeit an starkem Katarrh, verbunden mit heftigen Hustenanfällen. Die Königin hat sich von der Erschütterung des neulichen Unfalls vollständig erholt.

Meh, 9. Mai. Der Statthalter bewilligte 10 000 Mk. zu dem Fonds für das Kaiser Wilhelm-Denkmal in Meh.

Paris, 9. Mai. Aus Tours wird gemeldet, daß der dortige commandirende General eine Untersuchung gegen eine Anzahl Soldaten des 66. Infanterie-Regiments angeordnet hat, welche am Vorabend der Scharfseier beim Zapfenstreich boulangistische Lieder gesungen und gemeinsam mit Leuten von der Civilbevölkerung Lebehochs auf Boulanger ausgebracht haben. Die Mehrzahl der betreffenden Soldaten wurde verhaftet. (Wiederholt.)

London, 9. Mai. Im Unterhause erwieserte der Unterstaatssecretär Ferguson auf eine Anfrage, die ägyptische Regierung könne ohne Zustimmung der Mächte keine Anleihe zur Tilgung der privilegierten Schuld aufnehmen. Bis jetzt seien keine Vorschläge über die angeregte Anleihe und ihre Stellung hinsichtlich der anderen Obligationen gemacht worden.

Rom, 9. Mai. In der Kammer erklärten sämtliche Interpellanten über die afrikanische Politik der Regierung, keine Anträge stellen zu wollen. Der Ministerpräsident Crispi dankt denselben, weil hierdurch bekundet werde, daß gewisse Angelegenheiten so wenig als möglich erörtert werden sollten. Der Abg. Baccarini und Genossen bringen einen Antrag ein, die Kammer hege das Vertrauen, daß die Regierung in Afrika keine Action unternehmen werde, ohne vorher der Kammer einen darauf bezugnehmenden Gesetzentwurf vorzulegen. Baccarini begründet seinen Antrag. Crispi erklärt denselben als verfassungswidrig. Allerdings könne die Regierung ohne ein Votum des Parlaments keine Ausgabe machen, aber man dürfe nicht vergessen, daß Italien sich in Afrika im Kriegszustande befinde, und daß der König überall das Recht habe zu thun, was er innerhalb der Grenzen seiner Prerogative im Interesse der Nation zu thun für zweckmäßig finde. Abg. Nicotera nimmt die letzten Erklärungen Crispi an und beantragt, die Verhandlungen über den Antrag Baccarini auf 6 Monate zu vertagen. Baccarini wünscht die Meinung der Regierung über den Antrag Nicoteras zu hören. Crispi erklärt, er überlasse die Entscheidung der Kammer, die Regierung werde sich jeder Aeußerung enthalten. In Folge der neutralen Haltung der Regierung zieht Baccarini seinen Antrag zurück, was zu lebhaften Erörterungen unter den Deputirten Anlaß giebt. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Bukarest, 9. Mai. (Privattelegramm.) Wie der „Telegraf“ meldet, hat der Ministerrath einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, nach welchem die Civilisten des Prinzen Ferdinand auf 600 000 Francs bemessen ist.

Die „Romania“ bringt die sensationelle Meldung, das seiner Zeit gegen Brastiano verübte Attentat sei abgekartet gewesen. Die Frau des Attentäters Petraru habe monatlich 100 Francs erhalten; der Betrag sei ihr bis zum Amtsantritt des Ministeriums Catargi aus den geheimen Fonds gezahlt worden.

Petersburg, 9. Mai. Der gestrigen Seelenmesse für Tollstol im Sterbehause wohnten das Kaiserpaar und andere Mitglieder des Kaiserhauses sowie viele Würdenträger bei, darunter der deutsche Botschafter v. Schweinitz und der französische Botschafter Caboulate. Morgen nach der kirchlichen Leichenfeier erfolgt die Ueberführung

